

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM HERBST 1963

Die Industrie beseitigt Rückstände

Mit erheblichen Anstrengungen und nicht ohne Erfolg ist im dritten Quartal versucht worden, die schweren Produktionsausfälle der mitteldeutschen Industrie im ersten Quartal wieder wettzumachen. Lag nach Abschluß des ersten Halbjahres der Zuwachs der Industrieproduktion bei 3,7 vH, so dürfte er im dritten Quartal höher gewesen sein; denn nach den offiziellen Angaben soll die Industrie mit einem Warenproduktionswert von 8,2 Md. DM im September das bisher höchste Monatsergebnis erzielt und zum 30. September 1963 das auf diesen Termin bezogene Produktionsziel nur um 0,6 vH verfehlt haben. Insgesamt sollte im Jahre 1963 die Industrieproduktion um 6,4 vH zunehmen. Die Realisierung dieses Plans ist nur dann möglich, wenn im letzten Quartal die Produktionszunahme weiter steigt. Ein Wachstumspolster konnte bisher nicht aufgebaut werden.

In dem Bericht des Politbüros der SED, der Anfang November veröffentlicht wurde, ist zugegeben worden, daß trotz guter Resultate es noch nicht überall gelungen sei, die Folgen der Frostperiode zu überwinden. Damit sollte man sich aber beeilen, ehe der neue Winter ins Land zieht. Schwerpunkte der gegenüber früher sehr viel spärlicheren offiziellen Berichterstattung waren die Rückstände bei den Investitionen und die Arbeitsproduktivität.

Für die volkseigene Industrie wurde für das erste Halbjahr eine Zunahme der Arbeitsproduktivität von 5,4 vH gemeldet, die im dritten Quartal nochmals übertroffen worden sein soll. *Neumann*, der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates der SBZ, betonte jedoch: „Obgleich im dritten Quartal eine Verbesserung feststellbar ist, reicht das geplante (!) Wachstumstempo noch nicht aus. Im vierten Quartal müssen wir, um den Plan zu erfüllen, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,8 vH erzielen. Das erfordert noch sehr große Anstrengungen und Übergang zu rationellsten Fertigungsmethoden; denn im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft bedeutet die Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1 vH die Senkung des Arbeitszeitaufwandes um etwa 18 Millionen Stunden.“ Vergleicht man Produktionszunahme und Entwicklung der Arbeitsproduktivität, so muß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten gesunken sein, entweder zugunsten anderer Wirtschaftsbereiche oder auch als Folge der

ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung, die wegen der schwachen jüngeren Jahrgänge noch für etwa zehn Jahre einen Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte bedingt.

Neumann kritisierte, daß zur Aufholung der Rückstände bei den Investitionen noch große Anstrengungen erforderlich seien. Offensichtlich ist auf diesem Gebiet im dritten Quartal nichts Entscheidendes geleistet worden. Die Ausrüstungsinvestitionen waren schon im ersten Halbjahr durch Stagnation gekennzeichnet. Die Bauwirtschaft blieb sogar hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurück, so daß der Wert der gesamten Investitionen zum 30. Juni um 500 Mill. DM unter dem Planansatz geblieben sein dürfte. Daß bei dieser Entwicklung wieder der Wohnungsbau besonders in Mitleidenschaft gezogen worden ist, liegt absolut auf der Linie der bisher gemachten Erfahrungen. Lediglich 18 400 Wohnungen sind fertiggestellt gewesen.

Volkswirtschaftsplan 1964 zeitig verabschiedet

Erheblich früher als in allen Jahren vorher ist in diesem Jahr bereits Anfang Oktober der Volkswirtschaftsplan für das kommende Jahr veröffentlicht worden — allerdings nicht als Beschluß der Volkskammer, sondern kurzerhand als Erlaß des „Staatsrates“. Danach soll die industrielle Warenproduktion (bewertet zu Industrieabgabepreisen) gegenüber dem für dieses Jahr mit 102,2 Md. DM geplanten Wert um 5,5 Md. DM, also um 5,4 vH, ansteigen. Diese Steigerung erfordert zugleich die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 6,5 vH, was wiederum auf eine Senkung der Industriebeschäftigten hinweist. Die Benachteiligung der Verbrauchgütererzeugung wird konsequent weitergeführt; denn die Zunahme des Wertes der Warenproduktion betrifft mit 3,9 Md. DM die Produktionsmittel und nur mit 1,6 Md. DM die Konsummittel.

Die Zuwachsrate der Leichtindustrie ist mit nur 2,5 vH geplant, die der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist im Plan gar nicht erwähnt. Dafür sollen die Grundstoffindustrie um 6,4 vH und die metallverarbeitende Industrie um 8 vH zunehmen. Besonders stark soll die Produktion steigen in den Zweigen der feinmechanischen und optischen Industrie, der Baustoff- und der Maschinenbauindustrie. Großer Raum wird der Energiewirtschaft in dem Plan gewidmet. „Die Versorgung der Volkswirtschaft mit Primärenergie wird 1964 weiter verbessert. Die jedoch auch im Jahre 1964 noch angespannte Lage auf dem Gebiet der Versorgung der Wirtschaft mit Elektroenergie, Gas, Wärme und festen Brennstoffen erfordert große Anstrengungen.“ Industrielle

Großverbraucher an Energie müssen im kommenden Jahr höhere Energiepreise zahlen als bisher, um sie zu sparsamstem Verbrauch anzuhalten. Wenn auf diese Weise das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und damit das Energiedefizit beseitigt werden soll, so wird trotz der Steigerung der Elektroenergieerzeugung im Jahre 1964 auf 51 Md. Kilowattstunden die Industrie auch künftig vor schweren Problemen stehen.

Der „Ministerrat“ der Zone hat Ende Oktober Beschlüsse gefaßt zur „Wintervorbereitung der Volkswirtschaft“, die diese Sorgen deutlich widerspiegeln. Der Plan für die Erzeugung von Rohbraunkohle, Siebkohle und Briketts wird als zu niedrig angesehen, so daß den Werkträgern die Aufgabe gestellt worden ist, diese Planziele zu übertreffen. In den Kraftwerken, die schon seit Jahren mit einer abnorm hohen Benutzungsstundenzahl gefahren werden, sollen die Reparaturzeiten weiter verkürzt werden. „Die Energieverbrauchsnormen sind zu überprüfen und den internationalen Bestwerten anzugleichen.“ Stromintensive Produktionsprozesse sollen noch stärker als schon bisher in die Nachtstunden verlagert werden. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß die Industrie mit Beschränkungen des Energiebezuges rechnen muß.

Außenhandelsentwicklung

Die immer stärker werdende außenwirtschaftliche Verflechtung der SBZ mit dem Ostblock wird in dem Plan für die Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1964 deutlich hervorgehoben. Während die Ausfuhr insgesamt um 8,8 vH steigen soll, ist für die Exportleistungen in den Ostblock eine Zunahme von 12 vH festgelegt worden. Das Jahr 1964 soll in der Handelsbilanz einen Überschuß von 651 Mill. Valuta-DM bringen, der zum Abbau der außenwirtschaftlichen Verschuldung aus den Vorjahren beitragen soll. 400 Mill. DM sollen zurückgezahlt werden. Besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang das Ende Oktober für das nächste Jahr mit der Sowjetunion abgeschlossene Handelsabkommen. Es ist mit einem Umsatz von über 2,5 Md. Rubel, gleich rund 11 Md. Valuta-D-Mark, fixiert worden, womit die Sowjetunion auf einen Anteil von mehr als 50 vH am gesamten Außenhandelsumsatz der Zone käme.

Die SBZ wird Rohstoffe, Nahrungsgüter, Halb- und Fertigfabrikate, wie Kohle, Erdöl, Walzstahl, Maschinen und Ausrüstungen, landwirtschaftliche Produkte, Erzeugnisse der Chemie und Konsumgüter importieren und Erzeugnisse des Maschinenbaus, wie Werkzeugmaschinen, Waggons, polygrafische Ma-

schinen, Schiffe, Erzeugnisse der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik sowie der chemischen und der Konsumgüterindustrie liefern. Minister *Patolitschew* hob anlässlich der Unterzeichnung hervor, daß „die Lieferungen aus der DDR helfen, das Sortiment unseres Binnenhandels an Konsumgütern zu erweitern und den steigenden Bedarf der Bevölkerung besser zu befriedigen“. Die Struktur der gegenseitigen Lieferungen hat sich kaum verändert.

Finanzminister *Rumpf* wies in seiner Etairede für 1964 an Hand der Erfahrungen, die er auf der Leipziger Herbstmesse gemacht hatte, darauf hin, daß die dort ausgestellten Erzeugnisse nicht zur Grundlage eines kräftigen Außenhandelsgeschäftes gemacht werden könnten. „Die negative Seite besteht darin, daß von den Exponaten mit Weltniveau oft verhältnismäßig kleine Serien produziert werden, während Waren gleicher Art, die kein Weltniveau haben, in anderen Betrieben weiter produziert werden und oftmals sogar in größeren Serien.“ Hier versagt also offenbar die zentrale Steuerung. Die Betriebe selber verspüren aber ebenfalls kaum einen Anreiz zu besonderen Leistungen; denn die „materielle Interessiertheit“ am Export ist noch immer ein ungelöstes Problem. Die Exportbetriebe haben mit der für ihre Branche zuständigen staatlichen Außenhandelsstelle, der DIA, einen Globalvertrag und bekommen auf jeden Fall ihr Geld. Dem Betrieb ist es völlig gleichgültig, ob seine Erzeugnisse im Außenhandel abgesetzt werden oder nicht, ob in Ländern des Ostblocks oder des freien Westens, ob gegen Verrechnungswährungen oder gegen freie Devisen.

Wenn das Politbüro der SED schon auf Absatzschwierigkeiten einer Reihe von Betrieben im Inland hinweisen mußte und als Begründung dafür angab: Fehlen einer zentralen Perspektivplanung, ernsthaftes Zurückbleiben der wissenschaftlich-technischen Qualität, zu lange Forschungs- und Entwicklungszeiten, Vernachlässigung der Technologie und Organisation der Produktion sowie ein ungerechtfertigt hoher Kostenstand, so leuchten die Absatzschwierigkeiten im Außenhandel mit seinem wesentlich schärferen Wettbewerb ohne weiteres ein. Ein leitender Funktionär der VVB Landmaschinen- und Traktorenbau sagte kürzlich dazu: „Kein Gebiet unserer Tätigkeit ist bisher so stark vernachlässigt worden wie die Absatztätigkeit. Wir treiben keine Marktforschung und haben daher keine speziellen Marktkenntnisse. Die kapitalistischen Konzerne sind viel elastischer dank ihrer eigenen Vertretungen. Die Handelsdelegationen unserer DDR sind überfordert.“ Daß diese Überforderung weitgehend darauf zurückzuführen ist, weil politische Aufgaben den Vorrang haben, durfte er nicht erwähnen.

Gründung der Comecon-Bank

Seit Jahren beraten die Delegationen der Mitgliedsländer des Comecon über Möglichkeiten der Zahlungserleichterungen im Ostblock. Mitte Dezember 1962 war in Bukarest ein Beschluß über die Errichtung einer „Bank sozialistischer Länder“ für Clearingaufgaben im Ostblock gefaßt worden. Man wollte von den bilateralen zu multilateralen Verrechnungen kommen. Im Februar 1963 begann eine Kommission für Devisen- und Finanzfragen mit intensiveren Beratungen. Auf der 5. Tagung des Exekutivkomitees des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im April 1963 wurden schließlich ein von dieser Kommission vorbereiteter Entwurf eines Abkommens über multilaterale Verrechnungen in transferablen Rubeln sowie Organisationsform und Statut der Ostblockbank erörtert. Die im Juni in Warschau tagende Ständige Außenhandelskommission des Comecon legte fest, daß vom Januar 1964 an das System der multilateralen Verrechnung einzuführen sei. Vom 1. Januar 1964 an sollen im Warenaustausch der Ostblockländer neue Preise auf der Basis der Weltmarktpreise eingeführt werden. Am 22. Oktober ist schließlich in Moskau ein Abkommen über mehrseitige Verrechnungen in konvertierbaren Rubeln und über die Gründung einer „Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ von den Vertretern der Sowjetunion, der SBZ, Bulgariens, der Tschechoslowakei, der Äußerer Mongolei, Polens, Rumäniens und Ungarns abgeschlossen worden.

Die lange Dauer der Beratungen vor der Gründung der Comecon-Bank lassen gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Preisfestsetzungen und der Währungsparitäten vermuten. Vor rund zehn Jahren wurde ein Rubel noch mit 0,55 DM-Ost bewertet, heute liegt sein Wert schon über 4 DM-Ost. Diese scharfe Abwertung der Ost-DM kommt den Comeconpartnern in Form niedriger Preise bei der Einfuhr von Waren aus der SBZ zugute und verteuert die Einfuhren aus den Ostblockländern in die Zone.

Im ersten Halbjahr 1963 stiegen die Exporte in Länder des Comecon um 19 vH, in Länder des Westens nur um 9 vH. Noch darunter blieb die Umsatzentwicklung im Handel mit der Bundesrepublik, worauf der Handelsminister der Zone anlässlich der Leipziger Herbstmesse hinwies. Das Klima dieser Messe war auf Ausgleich und Kontaktsuche, auf Werbung und Forcierung des Warenaustausches mit dem Westen abgestimmt. Pankow hat offensichtlich begreifen müssen, daß der Ersatz westdeutscher Erzeugnisse durch solche aus der Sowjetunion, die sogenannte Störfreimachung, die metallverarbeitende Industrie Mitteldeutschlands vor zusätzliche Probleme stellt.

Korrekturen der landwirtschaftlichen Finanzierung

Wesentlich kürzer als sonst war der im Plan für 1964 auf die landwirtschaftliche Entwicklung entfallende Abschnitt, was sich dadurch erklärte, daß kurze Zeit danach der „Ministerrat“ der SBZ — also wiederum ohne Beteiligung der Volkskammer — wichtige Beschlüsse zur Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft veröffentlichte. Von den mit 17,9 Md. DM bezifferten Gesamtinvestitionen soll die Landwirtschaft 2,1 Md. DM erhalten. Die ihr zugeordneten Maschinen — 12 500 Traktoren, 4000 Schlegelhäcksler, 4000 Melkmaschinen, 2800 Kartoffelsortierer und 1500 Dunglader — sollen ihr aber nicht auf dem Wege der Subvention überlassen werden. „In dem Maße, wie sich unsere LPG mit ihren großen Flächen festigen, entfällt die Notwendigkeit, staatlicherseits die Einsatzkosten für die Technik zu finanzieren.“ Die aus der Einschränkung der Subventionen und dem Verkauf von Landmaschinen an die LPG gewonnenen Geldmittel sollen einer direkten Produktionsförderung dienen.

Dazu werden von der Ernte 1964 an einheitliche, höhere Preise für pflanzliche Erzeugnisse für alle LPG und Staatsgüter gültig: Die Erzeuger erhalten dann je Tonne bei Roggen 400 DM, Weizen 350 DM, Braugerste 625 DM, Industriergerste 380 DM, Futtergerste 330 DM, Industriehafer 380 DM, Futterhafer 320 DM, Gemenge 325 DM, Raps und Rüben 1040 DM, Senf 1000 DM und Zuckerrüben 80 DM. Gelingt es den landwirtschaftlichen Betrieben, im Jahre 1964 die Produktion von Schweine- und Rindfleisch, Milch und Eiern gegenüber 1963 zu steigern, so erhalten sie Prämien, die für die Betriebe in den nördlichen Bezirken der SBZ — Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt — höher sind als für die in den übrigen Bezirken:

Erzeugnis	nördl. Bezirke	übr. Bezirke	Mehrproduktion
Schwein	150 DM	100 DM	je 100 kg
Rind	70 DM	50 DM	je 100 kg
Milch	35 DM	25 DM	je 100 kg
Eier	15 DM	10 DM	je 100 Stück

Die Bevorzugung der nördlichen Bezirke durch höhere Prämien, wird offiziell sehr eigenartig begründet: „Die LPG in diesen Bezirken arbeiten, bedingt durch die ehemalige Großgrundbesitzer- und Junkerherrschaft, heute noch unter schwierigeren Bedingungen. Die Arbeitskräftelage ist komplizierter.“ Bereits durch die sogenannte Bodenreform vom Herbst 1945 war aus den ehemaligen Großbetrieben eine Fülle von kleinen Neubauernbetrieben gemacht worden. Diese genossen jahrelang besondere staatliche Förderung. Auch die Zwangskollektivierung war in diesem Teil der Zone zuerst abge-

schlossen. Die „Segnungen“ der sowjetisch dirigierten Landwirtschaftspolitik sind also früher und intensiver als in den anderen Bezirken gerade den Landwirtschaftsbetrieben der nördlichen Bezirke zugute gekommen. Nicht die Zeit der Junker, sondern diese Segnungen dürften den Anlaß dazu gegeben haben, daß heute noch für sie eine Vorzugsbehandlung notwendig ist.

Kostensenkung immer notwendiger

Die Bemühungen der Verwaltungsstellen, in der volkseigenen Wirtschaft auf der Grundlage echter ökonomischer Werte und kostengerechter Preise das Verhältnis von Aufwand und Ertrag exakt zu ermitteln und möglichst bald die Schwelle zur Rentabilität zu erreichen, haben zwar noch keine entscheidenden Ergebnisse gebracht — dazu ist das ganze System viel zu bürokratisch und schwerfällig —, aber wirtschaftliches Denken scheint sich doch allmählich durchzusetzen.

Seit dem 1. Oktober werden in den VVB, die jeweils fachlich gleiche VEB in bestimmten Bereichen zusammenfassen, finanzielle Fonds gebildet, damit die einzelnen volkseigenen Betriebe ihre Finanzbeziehungen zu den örtlichen Verwaltungsorganen lösen können. Die VVB sollen zu ökonomischen Führungsorganen des jeweiligen Industriezweiges werden. *Rumpf* hob in seiner Etatrede besonders hervor, daß die Betriebe und VVB ihre planmäßigen Investitionen nunmehr aus den erwirtschafteten Gewinnen und Abschreibungen zu finanzieren hätten. Die Gewinne sollen von jetzt an „nach dem größtmöglichen Nutzeffekt auf die Betriebe“ gelenkt werden, „bei denen in kürzester Frist der höchste ökonomische Nutzen erreicht wird“. Forschungs- und Entwicklungskosten sollen, was ebenfalls völlig neu ist, Bestandteil der Kosten der laufenden Produktion werden.

Für alle VVB wurden Industriebankfilialen errichtet, die am 1. September ihre Tätigkeit aufzunehmen hatten. „Ihre erste Aufgabe muß darin bestehen, Analysen über den Industriezweig von hoher Qualität zu fertigen und auf dieser Grundlage eine solche Finanzkontrolle auszuüben, daß die Generaldirektoren der VVB und die Leiter der Industrieabteilungen des Volkswirtschaftsrates in die Lage versetzt werden, volkswirtschaftliche Probleme frühzeitig zu erkennen und entsprechende Entscheidungen zu treffen.“

Wie dringend notwendig das ist, läßt sich an einer Reihe von Beispielen darstellen. Im Elektroapparatwerk VEB EAW Berlin-Treptow, mit etwa 8000 Beschäftigten der größte elektrotechnische Betrieb der SBZ, sind im 1. Quartal 1963 Ausschuß-, Nacharbeitungs- und Garantiekosten von 0,8 Mill. DM

angefallen, mehr als doppelt soviel, als der Plan vorsah. Der Leiter der Kostenrechnung dieses Betriebes vertrat die Auffassung, eine genaue Aufschlüsselung der Kosten im EAW Treptow sei nicht möglich. Das Chemiekombinat Espenhain hatte trotz mengenmäßiger Übererfüllung des Planes der Kohleproduktion bei der Koksproduktion einen Mindererlös von fast 0,4 Mill. DM aufzuweisen, weil wegen schlechter Arbeit des Betriebsteils Kohlengrube der Aschegehalt zunahm und die Verkaufspreise wegen der verschlechterten Qualität sanken. Beim Baggern wurden außerdem Eisenteile, Grubenholz und andere Fremdkörper gefördert und an Bunkern und Förderbändern dadurch in der Brikettfabrik jährlich ein Schaden von 0,5 Mill. DM verursacht.

Schwieriger als in der Industrieproduktion dürfte die Durchsetzung der neuen und im Grunde sehr alterprobten ökonomischen Grundsätze im Bereich der Dienstleistungen vonstatten gehen. Die Handelsfunktionärin der SED, Dr. *Wittkowski*, fand dazu passende Worte: „Es wird auch niemand verstehen, daß in unserem Staat, einem der zehn führenden Industriestaaten der Welt, plötzlich Kar-

toffelhacken, Pumpen, Lötlampen und anderes im Großhandel fehlen.“ Diese Aufzählung war natürlich nicht vollständig. „Einer Reihe von Verkaufsstellen ist gar nicht bekannt, welche Sortimente geführt werden sollen.“ Diese Tatsache wirft auf die zentralen Leitungsorgane ein bezeichnendes Licht. „Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir Verkaufsstellenleiter und Verkaufspersonal an einem vollen Sortiment materiell interessieren. Das gehört mit zu den ökonomischen Hebeln.“ Alles Streben nach Rentabilität ist sinnlos ohne eine exakte Kostenrechnung. Dann muß aber auch die Preisbildung entpolitisiert werden. Wenn die finanziellen Mittel der volkseigenen Betriebe wirklich dorthin gelangen sollen, wo sie den höchsten ökonomischen Nutzen bringen, dann muß auch das bisherige Planungssystem geändert werden; denn ein politisches Dogma kann niemals Wertmesser einer echten wirtschaftlichen Leistung sein. Es ist sicher kein Zufall, daß der Finanzminister der Zone seit der *Lieberman*-Diskussion der Wortführer für eine so realistische Einstellung geworden ist; denn er spürt in seinem Verwaltungsbereich die ideologisch bedingte Kostenlast am deutlichsten. *Dr. Walter Meier*